

17. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Björn Eggert (SPD)

vom 05. November 2014 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 07. November 2014) und **Antwort**

Rassismus an Schulen

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie viele rassistische Vorfälle an Berlins Schulen sind dem Senat bekannt?

Zu 1.: Die Berliner Schulen melden Gewaltvorfälle oder Notfälle durch Nutzung des entsprechenden Formulars. Rassistische Vorfälle werden dabei in der Rubrik „verfassungsfeindliche Äußerungen“ mit erfasst. Dazu zählen u. a. rechtsradikale Äußerungen/Handlungen, Antisemitismus, religiöse Intoleranz. Im Schuljahr 2013/14 gab es insgesamt 34 Meldungen in der Rubrik „verfassungsfeindliche Äußerungen“.

2. Gibt es Konzepte, Rassismus in Schulen entgegenzuwirken? In welcher Form? Mit welchen Bündnispartner_innen arbeitet der Senat an dieser Stelle zusammen?

Zu 2.: Folgende schulische Projekte sollen in der Auseinandersetzung mit Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus möglichen Problemen präventiv begegnen, jenseits der originär unterrichtlichen Beschäftigung mit diesem Themenkomplex:

- Schulnetzwerk „Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage“ (ein Projekt des Vereins Aktion Courage e.V.). In Berlin an über 50 Schulen,

- Demokratieprogramm „Hands for Kids“ (American Jewish Committee in Zusammenarbeit mit dem Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg)

Themen: Entwicklung demokratischer Schulkultur; Partizipation und Aufbau von Klassenräten; Auseinandersetzung mit Kinderrechten und Entwicklung von Klassenregeln; Auseinandersetzung mit Rassismus und Antisemitismus,

- Demokratieprogramm „Hands across the campus“ (American Jewish Committee in Zusammenarbeit mit dem Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg)

Themen: Identität, Individuum und Gesellschaft, Demokratie in der Schule;

Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Ideologien des Antisemitismus und Rechtsextremismus/Migration,

- Projekt „Aktiv gegen Antisemitismus“ (American Jewish Committee in Zusammenarbeit mit dem Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg)

Themen: Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft; Auseinandersetzung mit dem Holocaust, Israel und der Nahostkonflikt; Zivilcourage,

- Projekt „Vielfalt in Schulen“ (ein Projekt des Jüdischen Museums, der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung sowie der Stiftung Mercator)

Themen: Interkulturelle Bildung; Demokratische Schulentwicklung,.

- Projekte der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus mit dem Schwerpunkt Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft.

- Projekt „Berliner Oberstufenzentren für Demokratie und Vielfalt“ des DEVI e.V., Verein für Demokratie und Vielfalt in Schule und beruflicher Bildung

- Standpunkte gegen Rechtsextremismus
Ein Kooperationsprojekt der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft (SenBildJugWiss), der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) mit Referendarinnen und Referendare in der 2. Phase der Lehrerausbildung,

- Mitarbeit von SenBildJugWiss am Berliner Beratungsnetzwerk Rechtsextremismus,

- Im Zuge des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sind in den Berliner Bezirken Lokale Aktionspläne entwickelt und umgesetzt worden. In diesen Lokalen Aktionsplänen arbeiten die Bezirke und lokale Akteure der Zivilgesellschaft eng zusam-

men und entwickeln Handlungsstrategien gegen rechts-extreme, fremdenfeindliche und antisemitische Tendenzen. Diese Konzepte werden gemeinsam mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Verbänden, Kirchen, Unternehmen und öffentlichen Institutionen sowie Schulen vor Ort im Rahmen von Einzelprojekten in die Praxis umgesetzt.

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft kooperiert diesbezüglich auch mit der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS).

3. An welche Stellen können sich Schulen wenden, wenn sie Probleme mit Rassismus feststellen oder präventiv tätig werden wollen? Was tut der Senat, um entsprechende Stellen bei den Schulen bekannt zu machen?

Zu 3.: In den Notfallplänen für Berliner Schulen werden Kontaktadressen benannt, an die sich Schulen wenden können. Je nach Schweregrad des Problems sind die Berliner Polizei oder freie Träger und Vereine mögliche Anlaufstellen. Diese können Auskunft geben über Projekte und Programme zum sozialen Lernen, die dabei helfen, das Schulklima zu verbessern und die Kompetenz im Umgang mit Krisensituationen zu stärken. Ebenso bieten die Schulpsychologinnen und Schulpsychologen für Gewaltprävention und Krisenintervention in den Schulpsychologischen Beratungszentren der Bezirke sowie die Koordinatorinnen und Koordinatoren für Schulische Prävention und Gesundheitsförderung Beratung an, um Schulen bei der Suche nach Präventionsangeboten zu unterstützen.

Das Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg stellt darüber hinaus Schulen Informationsmaterial sowie Praxishilfen für Unterrichtsprojekte zur Verfügung.

Weitere Beratungsangebote finden Schulen beim Mobilien Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR), beim Mobilien Beratungsteam „Ostkreuz“ oder auch der Opferberatung ReachOut.

Die Schulen werden vom Senat über die bei Frage 2 erwähnten Programme informiert. Darüber hinaus werden die Schulen von freien Trägern, Vereinen und Stiftungen direkt angeschrieben bzw. kontaktiert und über (Prävention-) Programme, Ausstellungen, Projekte und kulturelle Zugänge informiert. Informationen erhalten die Schulen ebenfalls über die Koordinatorinnen und Koordinatoren für Schulische Prävention und Gesundheitsförderung.

Berlin, den 21. November 2014

In Vertretung

Mark Rackles
Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Wissenschaft

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 24. Nov. 2014)